

## Zwischenbericht des Stadtrates zur Legislatur 2018 – 2022

Bericht der Geschäftsprüfungskommission Adliswil  
Datum: 12.04.2021

### 1. Rechtsgrundlage

Im November 2020 hat der Stadtrat Adliswil seinen Zwischenbericht zur Legislatur 2018 – 2022 vorgelegt. Gemäss Art. 28ter, Abs. 1 prüft die Geschäftsprüfungskommission (GPK) die Geschäftsführung des Stadtrates und gemäss Art. 28ter, Abs. 2a GschO GGR die Legislaturziele des Stadtrates. Daraus folgt, dass die GPK auch den Zwischenbericht des Stadtrates zu prüfen hat.

### 2. Erkenntnisse

#### 2.1. Allgemeine Erkenntnisse

Der Zwischenbericht ist übersichtlich gestaltet und gegliedert. Zu jedem Legislaturziel existieren der Wortlaut der Zielformulierung, eine kurze Statusbeschreibung sowie eine Statureinstufung. Die Prädikate der Einstufung (*auf Kurs*, *teilweise auf Kurs*, *abgeschlossen*, *nicht auf Kurs*) werden nicht definiert oder erläutert.

#### 2.2. Erkenntnisse zu den Zwischenberichten der Ressorts

##### 2.2.1. A Stadtentwicklung

###### A1 Attraktiven Lebensraum schaffen

Unter Ziel A1.3 *Gebietsentwicklung Dietlimoos-Moos* wurde festgehalten, dass die Entwicklung und Umsetzungsstrategie für das Baufeld B2 definiert werden sollten. Zwischenzeitlich wurde die Gemeindeordnung dahingehend angepasst, dass städtisches Land nicht verkauft werden darf. Der Stadtrat stuft das genannte Ziel korrekt mit „nicht auf Kurs“ ein. Es fehlt jedoch eine Erläuterung der Gründe, warum es angesichts der bei der Verabschiedung der Legislaturziele bereits eingereichten Bodeninitiative keinen Plan B zum vorgesehenen Verkauf gab und wieso ca. zehn Monate nach der Abstimmung über die Bodeninitiative keine Vorstellungen über das weitere Vorgehen mitgeteilt werden können.

###### A2 Langfristige Raumplanung

Ungeachtet dessen, dass der Stadtrat den Status der Ziele als „auf Kurs“ bzw. in einem Fall „teilweise auf Kurs“ einstuft, gibt es bei allen Zielen Verspätungen bzw. in einem Fall möglicherweise sogar grössere Hindernisse. So wird beispielsweise das Immobilienleitbild nicht wie geplant vor Legislaturende verabschiedet und für die Revision der Bau- und Zonenordnung sind erst die Vorarbeiten für die Ausschreibung erledigt. Hinsichtlich der Gebietsentwicklung Lätten ist sogar ein Referendum auf Bezirksebene und damit der Stopp der Entwicklungspläne möglich. Letzteres ist ein Beispiel für das Versäumnis einer Risikoabschätzung und alternativen Vorgehensplanung.

##### 2.2.2. B Gesellschaft

###### B2 Regional und kommunale Strukturen

Das Ziel der Synergienutzung Polizeiposten Kantonspolizei/Stadtpolizei ist ein Beispiel für eine deutliche Verspätung der Umsetzung, die bei sorgfältiger Planung voraussehbar gewesen wäre. Mit dem Bau des gemeinsamen Polizeipostens kann erst nach Fertigstellung des Stadthauses, also erst im Sommer 2021 begonnen werden. Damit ist die Erreichung dieses Ziels bis zum Ende der Legislatur kaum noch möglich. Dass der Stadtrat dieses Ziel trotzdem als „auf Kurs“ einstuft, ist

erklärungsbedürftig.

### **2.2.3. C Bildung**

In diesem Abschnitt werden alle Ziele als „auf Kurs“ eingestuft. Gleichzeitig fiel es der GPK schwer, aufgrund der Zielbeschreibungen diese Selbsteinstufungen des Stadtrates nachvollziehen zu können. Einerseits handelt es sich oft um Ziele, welche die allgemeinen Dienstleistungen oder Aufgaben des Ressorts beschreibt. Beispiele dafür sind „Bestehendes weiterentwickeln: Weiterentwicklung u. Konsolidierung bestehender Projekte“ (C1.3) oder „Der Lehrplan 21 ist in allen Schulen implementiert ...“ (C3.1).

Bezüglich dem Ziel C3.2 *Förderung* ist die GPK allerdings zu dem Schluss gekommen, dass es entgegen der Einstufung des Stadtrates nicht auf Kurs ist. Als Ziel vorgesehen war die Weiterentwicklung eines einheitlichen Konzepts in allen Schulen zur gezielten Förderung für alle Schülerinnen und Schüler, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Laut Statusbeschreibung wird „die Binnendifferenzierung bzw. der Umgang mit Heterogenität ... schulhausweise definiert und umgesetzt“. Möglicherweise unterliegt die Beurteilung der GPK einer Fehlinterpretation der Zielformulierung oder Statusbeschreibung. In diesem Fall müsste eine missverständliche oder intransparente Kommunikation konstatiert werden.

### **2.2.4. D Infrastruktur**

#### **D1 Fit für die digitale Gesellschaft**

Unter D1.1 *Online-Abwicklung von Schaltergängen* werden die Einführung der Online-Dienste eBaugesuch und eBewilligung angekündigt. Beim eBaugesuch ist die Umsetzung für 2021/22 vorgesehen, was eine Einführung bis Ende der Legislatur als zweifelhaft erscheinen lässt. Für eBewilligung ist die Analyse noch nicht abgeschlossen. Zum Ende der Legislatur ist also allenfalls ein Konzept für eBewilligung zu erwarten, keinesfalls aber die Umsetzung. Der Stadtrat stuft dieses Ziel trotzdem als „auf Kurs“ ein. Möglicherweise begründet er diese Selbsteinstufung damit, dass er die „Anstrengung“ der Einführung dieser Online-Dienste ins Ziel geschrieben hat. Es handelt sich also um ein weiteres Beispiel für eine unklare Zielformulierung, welche grossen Spielraum bei der Statuseinstufung lässt.

#### **D3 Umsetzen und entwickeln**

Unter D3.3 *Instrumente zur Umsetzung „Grossprojekte“* werden – ähnlich wie bereits für den Abschnitt C Bildung beschrieben – allgemeine Aufgaben im Bereich der Grossprojekte, nämlich

- Bereitstellung der personellen und finanziellen Ressourcen
- projektbezogenes Risikomanagement
- periodische Reporting

als Legislaturziele definiert. Für die Beurteilung der Geschäftsführung des Stadtrates durch das Parlament und durch die Bevölkerung haben solche Zielbeschreibungen wenig Aussagekraft.

## **3. Fazit**

Die GPK nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis und stellt fest, dass der Stadtrat im Grossen und Ganzen auf gutem Weg ist, seine Legislaturziele zu erreichen.

Die GPK war sich bei Ihrer Beurteilung des Zwischenberichtes bewusst, dass zeitliche Verzögerungen sehr häufig von aussen verursacht werden bzw. dass der Stadtrat die Rahmenbedingungen für den das Verfolgen seiner Ziele nicht immer beeinflussen kann. Beispiel hierfür ist die Neugestaltung der Zürichstrasse Nord (D2.2), welche voraussichtlich erst 2023 abgeschlossen sein wird. Allerdings können in vielen Fällen mögliche ungünstige Entwicklungen oder störende Einflüsse identifiziert und in die Planung einbezogen werden. Der Vorteil eines solchen Vorgehens liegt in der besseren Reaktionsfähigkeit auf neue Entwicklungen. Dieses Vorgehen ist gemäss dem vorliegenden

**Stadt Adliswil**

**Grosser Gemeinderat**

**Geschäftsprüfungskommission (GPK)**

Zürichstrasse 8, 8134 Adliswil, [www.adliswil.ch](http://www.adliswil.ch)

Zwischenbericht in der Regel aber nicht gewählt worden.

Weiter muss angemerkt werden, dass eine Reihe von Zielformulierungen sehr vage und deshalb nicht geeignet als Basis für eine Standortbestimmung sind. Darüber hinaus wäre es hilfreich, wenn der Stadtrat bei zukünftigen Berichten zum Stand seiner Legislaturziele aufzeigen könnte, nach welchen Kriterien er die Resultate seiner Arbeit einstuft, was also beispielsweise das Prädikat „auf Kurs“ genau bedeutet. Wünschenswert wäre eine Kennzeichnung bei zeitlicher Verzögerung auch bei Projekten, die auf Kurs sind.

Wolfgang Liedtke, Referent